

Reichsminister Schiffer über unsere Finanzlage.

Erste Beratung des Reichsetats.

Deutsche Nationalversammlung in Weimar.

88. Sitzung vom 9. April.

Am Regierungstisch: Schiffer.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Anträge auf Genehmigung von Strafverfahren gegen den Abg. Sebel (Str.) sowie gegen die Abg. Geper (U. Soz.) und Dr. Geper (U. Soz.) werden an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Etats für 1919.

Reichsfinanzminister Schiffer: Es ist eine undankbare Aufgabe, in dieser Zeit großer politischer Ereignisse und ausstehender Vorgänge, die Aufmerksamkeit auf das trodene Gebiet der Zahlen zu lenken. In Wahrheit ist aber die Luft zwischen der großen Politik und der Finanzpolitik bei weitem nicht so groß wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Auch der größte und kühnste Gedanke jeder Politik wird schließlich vor die Frage gestellt: Was kostet seine Ausführung? Und wer das nicht herlichlichigt, der treibt eine Politik, die den Namen Realpolitik nicht mehr verdient. Die Tatsache, daß sich die erste Beratung des Etats gewohnheitsmäßig nicht bloß auf Zahlen beschränkt, sondern auf alle Gebiete der Politik übergreift, ist ein Zugeständnis und Anerkenntnis, daß keine Politik getrieben werden kann, die nicht auf metallischer Grundlage beruht.

Keine Zeit ist aber weniger geeignet und kein Volk ist weniger berufen als das unsere, sich zum Experimentiergegenstand, bloßer Konstruktionen, zum Probierstein für Kombinationen und für graue Theorien politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art machen zu lassen. (Sehr richtig.) Der Etat ist aber doch der erste Schritt zum Friedensetat: er ist ein Friedensetat auch insofern, als der wesentliche Teil des ordentlichen Etats auf Schätzungen beruht, als auf dem Grundlag, zu dem ich mich bei Übernahme meiner Amtsführung bekannt habe, daß der Etat soweit irgend möglich auf Wahrheit und Wirklichkeit, auf Durchsichtigkeit und Klarheit begründet werden soll. Daß ich für diese Schätzung vorläufig eine Verantwortung nicht übernehmen kann, liegt mit Rücksicht auf die Unsicherheit seiner Grundlagen auf der Hand; ich habe aber jedenfalls mein möglichstes getan, um der Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen. Die Ausgaben für Militär, Marine und Schußgebiete haben einstweilen noch auf den außerordentlichen Etat übernommen werden müssen, und zwar mit Pauschalen. Die Summe der Schatzweisungen, die am 31. Januar 1919 58,3 Milliarden betragen, ist inzwischen auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die Ausgaben für Meer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betragen, sind im Februar auf 2,7 Milliarden und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Soffentlich legt sich dieses Abflauen in gleichem oder, wenn möglich, in noch rascherem Tempo fort.

Der Etat balanciert mit rund 13 Milliarden. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 5,7 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. (Hört! Hört!)

Das ist ein überaus ernster Zustand, der sich noch dadurch erhöht, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen. Dieser Etat ist nur ein Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die finanziellen Folgen des Krieges, die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen, und auch noch nicht die Lasten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutschland zu übernehmen haben. Beträchtlichen Mehrausgaben stehen ganz erhebliche Mindereinnahmen gegenüber. Die Schätzungen sind vielfach noch viel zu niedrig. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarden veranschlagt. Wir werden aber zu einem Pensionsfonds von 4,1 Milliarden kommen. (Hört! Hört!) Der einzige Lichtblick sind die Mehreinnahmen aus der Reichsbank, ein Lichtblick aber nur aus fiskalischen Gesichtspunkten. Wir müssen aus allgemeinen politischen Gründen dringend wünschen, daß diese Mehreinnahme fortfällt. Denn sie ist nur die Folge des übermäßig hohen Gelbmarktaufwertungs bei der Reichsbank. Die Denkschrift über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der Kriegszeit hat in der Deutlichkeit viel zu wenig Beachtung gefunden. Sie zeigt uns den ganzen Verlauf der Lage, verglichen mit dem gesunden Stand unserer Finanzen des Jahres 1913 (Hört! Hört!). 1913 betrug der Fehlbetrag 220 Millionen, 1916 1,1 Milliarden, 1917 891 Millionen und 1918 wird er voraussichtlich 770 Millionen Mark betragen. Diese Fehlbeträge haben wir noch nicht gedeckt durch Defizitanleihen, sondern aus den Erträgen der Kriegssteuern, die er sich nicht dazu bestimmt waren. Aber wir haben nun einmal die Hälfte der Kriegssteuern ihrem ursprünglichen Zweck, der Abtragung der Kriegsschuld, entzogen und damit die Defizite der letzten Jahre gedeckt. Das hat immerhin den Vorteil gehabt, daß wir unbelastet von einer Defizitanleihe jeweils in das neue Etatsjahr hineingehen konnten.

Im allgemeinen ist die Steigerung der Ausgaben bei den einzelnen Titeln natürlich durch die allgemeine Wertminderung des Geldes beeinflusst. Je höher aber die Preise werden, die das Reich zu zahlen hat, um so mehr müssen wir das Gebot der Sparsamkeit beherzigen. (Sehr richtig!) Ich muß Sie dringend bitten, es nicht bei dieser Zustimmung bewenden zu lassen, sondern auch Ihre Haltung danach einzurichten. (Beifall.) Im allgemeinen ist das Drängen nach Ausgaben vom Parlament viel stärker gewesen als von der Regierung. (Sehr richtig!) Das natürliche Verhältnis wäre aber, daß die Volksvertretung den Daumen auf den Beutel hält. (Sehr richtig!)

Die Befoldung der Beamten.

Auf dem Gebiete der Beamtenbefoldung verlangt die Volksvertretung mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen der Beamten. Gleich zeitig wird aber dahin gedrängt, bei den Gehältern der höheren Beamten Abstriche zu machen. Wir sind den Wünschen nach beiden Richtungen entgegengekommen und haben zunächst bei den Ministern das Entgelt für die fehlende Dienstwohnung auf die Hälfte herabgesetzt. Wir sind auch bereit, weitergehende Wünsche einer Prüfung zu unterziehen. Der finanzielle Effekt wird freilich kein großer sein und es wird dadurch die Schwierigkeit vergrößert, geeignete Kräfte für den Staatsdienst heranzuziehen. Die Flucht wichtiger Elemente aus dem Staatsdienst in besser bezahlte Privatstellung nimmt in bedauerlicher Weise zu. (Hört! Hört!) Vorbereitet ist eine Revision des Beamtenbefoldungsgesetzes mit Berücksichtigung der Pension. Wir haben deshalb 1,8 Milliarden für Teuerungszulagen an Beamte eingelegt. Wir könnten diese Hilfe den Beamten um so weniger versagen, als wir gerade in dem künftigen unbedeckten, arbeitssamen und genügsamen deutschen Beamtentum ein wertvolles Erbe aus der Vergangenheit haben. (Sehr richtig.) Wir müssen natürlich auch ein neues Beamtentum schaffen, das den Bedürfnissen der neuen Zeit entspricht.

Zu diesem Zwecke sind zwei Stellen im Ministerium des Innern vorgesehen, und eine dieser Stellen soll durch einen bewährten Mann aus den Reihen der mittleren Beamten besetzt werden. Das Beamtentum muß sich natürlich auch bereitwillig den Pflichten unterwerfen, die sich aus seiner besonderen Stellung ergeben. (Sehr richtig!) Es erhebt sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerung die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Heilmittel: die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Das darf natürlich nicht durch eine Überlastung der einzelnen Beamten geschehen, sondern durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Dienstes und durch eine Heranziehung der unteren und mittleren Beamten zu Geschäften, die sie leisten können. Die Sozialisierung im weitesten Sinne würde es mit sich bringen, daß wir auf der anderen Seite die Zahl der Beamten erheblich vermehren müßten. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden: auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden erleiden soll. (Beifall.) Dinge, die nun einmal den freien Berufen überlassen sind, können auch von den höchsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. (Sehr richtig.) Die Vorräte der Beamten liegen auf ganz anderen Gebieten. Wir dürfen nicht das Wirtschaftsleben bürokratisieren, das wäre ein Schaden. (Sehr richtig.) Ich sage das nicht, weil ich ein Gegner der Sozialisierung bin, sondern, weil ein an sich guter Gedanke schließlich Schaden anrichtet, wenn er mit unzulänglichen und unzureichenden Mitteln in Angriff genommen wird. (Beifall.)

Die Gefahr einer Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiet der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst eingesetzt und wir wollen damit nur alte Verhältnisse gut machen. Wir haben es vor dem Kriege in der Tat an der richtigen Benutzung der Presse fehlen lassen und haben bitter dafür büßen müssen.

Regierung und Presse.

Im Kriege versuchten wir mit großen Gelbaufwendungen das Vertrauen nachzuholen, aber der Erfolg war kein guter. Auch in der Presse läßt sich ohne Geld nichts machen, aber Geld allein tut's nicht. (Sehr richtig!) Das Instrument der Presse muß von einer Punktgewohnheit in Hand gespielt werden. Es sind Persönlichkeiten notwendig, die zugleich Journalisten und Politiker sind. Wir leiden darunter, daß im großen und ganzen wir der Presse gegenüber zu viel Angst und zu wenig Respekt gehabt haben. Das Übermaß an Presseorganisation, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß freilich auch abgebaut werden. Wenn jedes einzelne Amt hunderte von Herren in Presseabteilungen beschäftigt, so ist das kein gesunder Zustand. (Sehr richtig!) Das verleiht auch dazu, daß Mißbrauch mit der Presse getrieben wird. (Sehr wahr!) Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzelne Partei getrieben würde, so muß ich das namens der ganzen Reichsregierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. (Sehr richtig.) Ich kann versichern, daß gegen solche Mißbräuche mit Entschiedenheit vorgegangen wird.

Eine Reihe neuergestellter Positionen soll Aufgaben dienen, die dem Reich auf dem Gebiete der Förderung des wissenschaftlichen und praktischen Lebens sowie vor allem auf sozialpolitischen Gebieten zufallen. Ich nenne in der Beziehung speziell eine neue Position von 100 000 Mark zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Weiter hat auch eine Position eingestellt werden müssen zur Durchführung der Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung nach dem Ausland. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Maßnahmen, die wir auf dem Gebiete getroffen haben, ihren Zweck in dem beabsichtigten Umfange nicht erreichen können, denn wir können uns nicht durch eine chinesische Mauer absperrern. Für anständige Menschen genügt es ja schließlich, wenn in der Beziehung eine Warnungstafel aufgerichtet wird, es gibt aber auch emanzipierte und berückelte Menschen, die sich die Taschen des Geldes zuzumachen machen, um ihr Kapital nach dem Ausland zu verschleppen. Die Zustände, die sich auf diesem Gebiete herausgebildet haben, sind so lächerlich, daß ich darauf hinweisen muß, noch andere, viel eingreifendere Maßnahmen zu treffen, über die ich mich natürlich heute nicht mehr auslassen kann; nur soviel will ich sagen: ich habe beschlossen, zunächst eine Anzahl Herren aus meinem Ministerium zum Studium ähnlicher Vorgänge in den benachbarten Staaten zu entsenden. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß diese Kapitalabwanderung nicht unter allen Umständen etwas Schlechtes ist. Die Anlage von Kapital im Ausland zu verwenden zwecken ist sogar etwas Gutes; die Abwanderung braucht auch nicht bewußtgemacht und absichtlich zum Zwecke der Steuerhinterziehung zu geschehen, es mag Fälle geben, in denen sie nur aus Angst davor erfolgt ist, daß das Kapital beschlagnahmt werden könnte; aber ein recht erheblicher Teil der Kapitalisten handelt doch mit dem Dolus oder wenigstens mit dem dolus eventualis der Steuerhinterziehung.

7 Milliarden Steuern.

Damit bin ich glücklich bei den Steuern angelangt, die schon deswegen im Mittelpunkt des ganzen Etts stehen, weil sie mit einem Gesamtertrag von 7 Milliarden eingelegt sind. Es gehen mir in der Beziehung fortgesetzt Steuervorschläge zu, die gewiß gut gemeint, aber zum Teil einfach nicht durchführbar sind. Hierzu gehört vor allen Dingen der Gedanke, den Finanzen des Reiches durch Errichtung öffentlicher Spielhöllen aufzuhelfen. Daran ist natürlich nicht zu denken. Gewiß stehen Steuern und Moral nur in einer gewissen ziemlich entfernten Verbindung miteinander; aber auf eine direkt unmoralische Grundlage können wir die Finanzen des Reiches unmöglich stellen. (Beifall u. Zustimmung.) Neben den direkten werden wir auch auf indirekte Steuern nicht verzichten können. Es wäre gewiß zu wünschen gewesen, wenn ich die Gesamtheit aller steuerlichen Maßnahmen auf einmal Ihnen hätte vorlegen können. Ich habe diese Absicht auch gehabt, aber sie hat sich als undurchführbar erwiesen; ich muß Sie daher bitten, mit der schrittweisen Einbringung der Steuervorlagen vorlieb zu nehmen, wobei ich die Steuern vorweg nehme, von denen ich annehme, daß sie auf jeden Fall erhoben werden. Allerdings bietet dieses Verfahren vor allen Dingen für die Steuergeschädigung der Einzelstaaten ein Schwierigkeiten, aber ich bin überzeugt, die Einzelstaaten werden sich damit abfinden müssen, und sie werden sich auch damit abfinden können, denn sie stehen alle unter dem Zwang und Druck der gemeinsamen Not, höchstens mit dem Unterschied, daß im Reich die Not am größten und daherbedürftigste und gründliche Abhilfe am dringlichsten ist. Reich und Einzelstaaten müssen die Not im engsten Einvernehmen miteinander bekämpfen und einseitig große

schlechte Gesichtspunkte müssen dabei vollkommen ausschließen; weder dürfen unitarische als Vorwand für bestimmte Steuern benutzt werden, noch partikularistische zu einem unsicheren Widerstand dagegen. Ich lege auf das Einvernehmen mit den Einzelstaaten auf diesem Gebiete den allergrößten Wert und habe diesem Gedanken auch schon Opfer gebracht, ich erinnere nur an das Abkommen über das württembergische Biersteuerreservat; das selbst bedeutet finanziell für das Reich kein gutes Geschäft, aber es beruht auf einer so gesunden Grundlage, daß ich nur bedauern kann, daß die Verhandlungen mit anderen Staaten noch nicht weiter fortgeschritten sind. Die schrittweise Einbringung der Steuervorlagen hat den weiteren Nachteil, daß die Kritik gar zu leicht dazu geführt wird, sich an die einzelne Steuer zu halten, während doch die Steuern zusammengenommen ein zusammenhängendes Ganze bilden und die Härte der einen oder der anderen Steuer dadurch ausgeglichen wird, das sollte bei der Kritik nicht übersehen werden. Es entsteht nun die Frage, ob unser Volk die gewaltigen Steuerlasten überhaupt trägt tragen können. Nun, ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlast verknüpft ist mit einer Senkung der Preise. Wenn diese Senkung der Preise nicht erfolgt, dann wird allerdings die Finanzierung des Reiches auf die Dauer nicht möglich sein. (Hört! Hört!) Meine ganze Steuerreform läuft darauf hinaus, für eine solche Senkung der Preise nicht nur die Voraussetzungen zu schaffen, sondern diese Senkung ist das Ziel ihrer Durchführung. Nun bin ich nicht ein so großer Missionar, daß ich glaube, eine Senkung der Preise könnte allein mit Steuern erreicht werden. Die Preise können nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. (Zustimmung.) Wir müssen arbeiten und Güter erzeugen. Dann werden wir auch Finanzen bekommen. (Zustimmung.) So kommen wir auch hier auf das Alpha und Omega zurück. Nicht aus ethischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen, sondern aus bewußt finanziellen Gründen müssen wir arbeiten, um die Steuern bezahlen zu können. Als Leiter der Reichsfinanzverwaltung richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Bitte, zu den Gewohnheiten, zu den Tugenden unseres Volkes zurückzukehren. (Beifall.) Arbeitslust und Arbeitskraft müssen neu belebt werden, und wir müssen von dem organisierten Wahnsinn der Gegenwart ablassen. (Erneute Zustimmung.)

Auch dann wird das Werk der Ordnung unserer Reichsfinanzen noch ungeheuer schwer sein. Alle Kräfte müssen zu diesem Zweck zusammengeführt, Parteien müssen, Meinungsunterschiede müssen ausgeglichen werden. Das Wort „Ich kenne keine Parteien mehr“ konnte nur eine zeitlang Geltung haben. Auf die Dauer konnte es nicht sein, und es hat ja auch keine Geltung gehabt. Aber wir müssen uns hüten, die Gegensätze zu übertreiben. Jedes Volk muß auch Vereinigungspunkte haben, und selbst in diesem von Parteien zerklüfteten Hause ist es gelungen, in einzelnen großen Punkten einem Gesamtwillen des ganzen Hauses Ausdruck zu verleihen. Wir wollen uns von falscher Sentimentalität freihalten. Aber es gibt Gebiete, auf denen in ähnlicher Weise eine Zusammenfassung aller Kräfte geboten erscheint. Gewiß, unser Volk ist noch unpolitisch, und die Kräfte könnten viel mehr politisiert werden. Aber die Sachen sind bei uns mehr politisiert, als es notwendig wäre. Dazu gehört das Gebiet der Finanzen. Das große Reformwerk kann nicht mit wechselnden Mehrheiten geschaffen werden. Es muß dieselbe Mehrheit sein, die das ganze Werk vollendet, und diese Mehrheit kann nach Lage der Verhältnisse nur die Regierungsmehrheit sein. Aber das bedeutet nicht, daß die anderen Parteien ausgeschaltet werden sollen. Ich lege viel mehr Wert auf die Mitarbeit aller Parteien, selbst, wenn sie sich in der Form einer scharfen Kritik äußert. Das große Werk, das vom ganzen Volke getragen werden soll, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes heraus entstehen. Daraus werden sich dann auch über das finanzielle Gebiet hinaus segensreiche Folgen ergeben. Ich bühle nicht um die Stimmen für alle Gesetze, aber um Ihrer aller Mitarbeit bei diesem Werk bitte ich eindringlich. (Sehr richtig.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 10 1/2 Uhr. — Schluß 5 Uhr.

In der gestrigen Sitzung des Versteuerausschusses einigten sich die Fraktionen dahin, bei der Generaldebatte zum Etat nur je einen Redner vorzuschicken. Das Plenum ebenso wie die Kommissionen werden dann am Sonnabend ihre Beratungen bis nach Ostern aussetzen. Der Wiederbeginn der Plenarverhandlungen ist auf den 2. Mai festgesetzt. Die Ausschüsse, insbesondere der Verfassungsausschuß und der Haushaltsausschuß werden bereits Ende April zusammentreten.